

Germany-Stuttgart: Expert witness services

OJ S 196/2023 11/10/2023

Contract notice – utilities

Services

Legal Basis:

Directive 2014/25/EU

Section I: Contracting entity

I.1. Name and addresses

Official name: DB Projekt Stuttgart-Ulm GmbH (Bukr 5S)

Postal address: Räpplenstraße 17

Town: Stuttgart

NUTS code: DE11 Stuttgart

Postal code: 70191

Country: Germany

Contact person: Grammatikos, Konstantinos

E-mail: Konstantinos.Grammatikos@deutschebahn.com**Internet address(es):**Main address: <http://www.deutschebahn.com/bieterportal>**I.2. Information about joint procurement**

The contract is awarded by a central purchasing body

I.3. Communication

The procurement documents are available for unrestricted and full direct access, free of charge, at: <https://bieterportal.noncd.db.de/evergabe.bieter/api/external/deeplink/subproject/91118846-a1dd-4f83-aaa9-c348aaeb2a1c>

Additional information can be obtained from the abovementioned address

Tenders or requests to participate must be submitted electronically via: <https://bieterportal.noncd.db.de/evergabe.bieter/api/external/deeplink/subproject/91118846-a1dd-4f83-aaa9-c348aaeb2a1c>

I.6. Main activity

Railway services

Section II: Object

II.1. Scope of the procurement**II.1.1. Title**

ABS Gäubahn, Abschnitt Nord; Beweissicherung Wasser Phase 1 - 3

Reference number: 23FEI69035

II.1.2. Main CPV code

71319000 Expert witness services

II.1.3. Type of contract

Services

II.1.4. Short description

ABS Gäubahn, Abschnitt Nord; Beweissicherung Wasser Phase 1 - 3

II.1.5. Estimated total value

II.1.6. Information about lots

This contract is divided into lots: no

II.2. Description

II.2.2. Additional CPV code(s)

71319000 Expert witness services

II.2.3. Place of performance

NUTS code: DE111 Stuttgart, Stadtkreis

Main site or place of performance: Stuttgart und Umgebung

II.2.4. Description of the procurement

Die Deutsche Bahn AG plant im Rahmen des Projektes ABS Stuttgart – Singen – Grenze D /CH den Ausbau der Bahnstrecke 4860 (Stuttgart-Horb) mit einem Anschluss an den Stuttgarter Flughafen - Fernbahnhof. Der Anschluss soll durch einen Neubautunnel realisiert werden, welcher als Pfaffensteigtunnel bezeichnet wird. Der zweiröhrige Tunnel fädelt am östlichen Ausgang des Stuttgarter Flughafen-Fernbahnhofs aus dem Flughafentunnel Ost zur NBS Stuttgart Ulm aus, schwenkt östlich der BAB A8 in Richtung Westen und führt in westlicher Richtung bis südlich der Anschlussstelle Sindelfingen Ost der BAB A 81. Hier ist oberirdisch der kreuzungsfreie Anschluss an die Bestandsstrecke der Gäubahn vorgesehen. Die erforderliche Anpassung der Bestandsstrecke reicht bis zum Haltepunkt Böblingen-Goldberg.

Im Projektgebiet umfasst die Beweissicherung Wasser die Messung von freien und gespannten Grundwasserständen in Grundwassermessstellen, die Entnahme und Analyse von Wasserproben und die Durchführung von Abflussmessungen, einschließlich Dokumentation und Integrierung der Daten in ein vorgegebenes Datenbanksystem.

II.2.5. Award criteria

Criteria below

Price

II.2.6. Estimated value

II.2.7. Duration of the contract, framework agreement or dynamic purchasing system

Start: 01/03/2024 End: 31/12/2025

This contract is subject to renewal: yes

Description of renewals:

Mit Abruf der optionalen Leistungen wird der Vertrag entsprechend der Auftragserteilung erweitert.

Ausführungszeitraum: 01.01.2026 bis 31.12.2032

II.2.10. Information about variants

Variants will be accepted: no

II.2.11. Information about options

Options: yes

Description of options:

Fortsetzung der Beweissicherung Wasser in den Phasen 2 und 3. Genauerer ergibt sich aus den Ausschreibungs- und Vergabeunterlagen.

II.2.13. Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds:
no

II.2.14. Additional information

Die Anlagen 2.1 bis 5.2 der Leistungsbeschreibung werden nach erfolgreicher Qualifizierung den Bietern zur Verfügung gestellt.

Section III: Legal, economic, financial and technical information

III.1. Conditions for participation

III.1.1. Suitability to pursue the professional activity, including requirements relating to enrolment on professional or trade registers

List and brief description of conditions:

- ANHANG (1): Erklärung, dass kein Insolvenzverfahren oder Liquidationsverfahren anhängig ist.
- ANHANG (2): Erklärung, dass das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe im Sinne von §§ 123 f. GWB oder Eignungskriterien im Sinne von § 122 GWB keine Täuschung begangen und auch keine Auskünfte zurückgehalten hat und dass das Unternehmen stets in der Lage war, geforderte Nachweise in Bezug auf die §§ 122 bis 124 GWB zu übermitteln.
- ANHANG (3): Erklärungen zur Einhaltung gesetzlicher Verpflichtungen, insbesondere der Pflicht zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie zur Zahlung der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung (Renten-, Kranken-, Pflege-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung), sowie Verpflichtungen z.B. gem. den in § 21 Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AentG), § 98c Aufenthaltsgesetz, § 19 Mindestlohngesetz, § 21 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder § 22 Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz genannten Vorschriften.

Form der geforderten Erklärungen/Nachweise:

Alle geforderten Erklärungen/Nachweise sind zwingend vorzulegen, ein Verweis auf frühere Bewerbungen wird nicht akzeptiert.

Auflistung nach o. g. Reihenfolge in einer Anlage kurz und prägnant zusammengefasst. Nur diese Informationen werden für die Bieterauswahl berücksichtigt. Darüber hinausgehende Unterlagen sind nicht erwünscht.

Weitere erforderliche Erklärungen/Nachweise siehe Punkt VI.3.

III.1.2. Economic and financial standing

List and brief description of selection criteria:

- ANHANG (4): Erklärung über den jährlichen Gesamtumsatz der letzten 3 Jahre
- ANHANG (5): Erklärung über Verfehlungen, die die Zuverlässigkeit als Bieter in Frage stellt (§ 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB).

Form der geforderten Erklärungen/Nachweise:

Alle geforderten Erklärungen/Nachweise sind zwingend vorzulegen, ein Verweis auf frühere Bewerbungen wird nicht akzeptiert.

Auflistung nach o. g. Reihenfolge in einer Anlage kurz und prägnant zusammengefasst. Nur diese Informationen werden für die Bieterauswahl berücksichtigt. Darüber hinausgehende Unterlagen sind nicht erwünscht.

Weitere erforderliche Erklärungen/Nachweise siehe Punkt VI.3.

III.1.3.

Technical and professional ability

List and brief description of selection criteria:

- ANHANG (6): Nachweis über das Vorhandensein eines Qualitätsmanagementsystems nach DIN EN ISO 9001:2000 oder vergleichbar
- ANHANG (7): Erklärung über die Zahl der bei ihm in den letzten 3 abgeschlossenen Kalenderjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegebenenfalls gegliedert nach Berufsgruppen
- ANHANG (8): Erklärung über die beabsichtigte Zusammenarbeit mit anderen Unternehmen. Bei Bildung einer Bewerbungsgemeinschaft: Bewerbungsgemeinschaftserklärung, mit Benennung sämtlicher Mitglieder, welche im Falle der Einladung zur Angebotsabgabe eine Bietergemeinschaft bilden und im Auftragsfall gesamtschuldnerisch haften werden sowie Benennung des bevollmächtigten Vertreters, welcher die Bewerbungsgemeinschaft rechtsverbindlich vertritt. Aufklärung der Gründe für den Zusammenschluss als Bewerber- und Bietergemeinschaft.
- ANHANG (9): Erklärung über die Anzahl und Qualifikation sowie Berufserfahrung der vorgesehenen Mitarbeiter mit Angabe der auf die ausgeschriebene Leistung bezogene Eignung/ Fachkunde. Die Erklärung über ist über den jeweiligen Lebenslauf der vorgesehenen Mitarbeiter zu erbringen.
- ANHANG (10): Nachweis über die Anzahl der gleichzeitig betriebenen Datenlogger für Grundwassermessstellen (Mindestanzahl 50 gleichzeitig betriebene Datenlogger) anhand von zwei Referenzprojekten. Die Referenzprojekte sind aktuell in der Durchführung oder sind abgeschlossen (Abschluss des Projekts 2018 oder später).
- ANHANG (11): Nachweis über die Anzahl von durchgeführten Abflussmessungen anhand von zwei Referenzprojekten (Mindestzahl der Stichtagsmessungen/Jahr: 50). Die Referenzprojekte sind aktuell in der Durchführung oder sind abgeschlossen (Abschluss des Projekts 2018 oder später).
- ANHANG (12): Nachweis über die Anzahl der beprobten Grundwasser-/Abflussmessstellen anhand von zwei Referenzprojekten (Mindestzahl: 50 Grundwasser-/Abflussmessstellen /Monat). Die Referenzprojekte sind aktuell in der Durchführung oder sind abgeschlossen (Abschluss des Projekts 2018 oder später).
- ANHANG (13): Vorlage von Nachweisen zur Ausrüstung zur Grundwasserprobenahme bis 150 m Tiefe (Grundwassermessstellen ≥ 2 Zoll) gemäß Merkblatt DVGW W120
- ANHANG (14): Erklärung über die Anzahl/Ausrüstung der Probenahmefahrzeuge zur Erbringung der ausgeschriebenen Leistung
- ANHANG (15): Nachweis der Qualifikation [aller vorgesehenen] Probenehmer nach DVGW W 112 (alternativ: AQS-Zertifikate Lehrgang für Probenehmer Wasser)
- ANHANG (16): Vorlage von Nachweisen zur Sach- und Fachkunde des Projektleiters (Mindestanforderungen: 1. Berufsausbildung Brunnenbau/Studium Geowissenschaften /Bauingenieurwesen, 2. mindestens 5-jährige Berufserfahrung beim Bau von Grundwassermessstellen, 3. Nachweis von mindestens einem Referenzprojekt mit vergleichbarer Leistung wie ausgeschrieben. Nennung/Beschreibung des ausgeführten Referenzprojektes unter Angabe des Ansprechpartners vom Auftraggeber)
- ANHANG (17): Nachweis der Akkreditierung des vorgesehenen Analytik-Labors nach DIN EN ISO / IEC 17025

Form der geforderten Erklärungen/Nachweise:

Alle geforderten Erklärungen/Nachweise sind zwingend vorzulegen, ein Verweis auf frühere Bewerbungen wird nicht akzeptiert.

Auflistung nach o. g. Reihenfolge in einer Anlage kurz und prägnant zusammengefasst. Nur diese Informationen werden für die Bieterauswahl berücksichtigt. Darüber hinausgehende Unterlagen sind nicht erwünscht.

Weitere erforderliche Erklärungen/Nachweise siehe Punkt VI.3.

III.1.6. Deposits and guarantees required

Vertragserfüllungsbürgschaft
in Höhe von 5 v.H. der Brutto-Auftragssumme
Bürgschaft für Mängelansprüche
in Höhe von 5 v.H. der Brutto-Abrechnungssumme

III.1.7. Main financing conditions and payment arrangements and/or reference to the relevant provisions governing them

Zahlungsbedingungen gemäß Vergabeunterlagen

III.1.8. Legal form to be taken by the group of economic operators to whom the contract is to be awarded

Gesamtschuldnerische Haftung aller Gemeinschaftsmitglieder

III.2. Conditions related to the contract

III.2.3. Information about staff responsible for the performance of the contract

Obligation to indicate the names and professional qualifications of the staff assigned to performing the contract

Section IV: Procedure

IV.1. Description

IV.1.1. Type of procedure

Negotiated procedure with prior call for competition

IV.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

IV.1.8. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: yes

IV.2. Administrative information

IV.2.2. Time limit for receipt of tenders or requests to participate

Date: 06/11/2023 Local time: 12:00

IV.2.3. Estimated date of dispatch of invitations to tender or to participate to selected candidates

Date: 21/11/2023

IV.2.4. Languages in which tenders or requests to participate may be submitted

German

IV.2.6. Minimum time frame during which the tenderer must maintain the tender

Tender must be valid until: 06/02/2024

Section VI: Complementary information

VI.1. Information about recurrence

This is a recurrent procurement: no

VI.2. Information about electronic workflows

Electronic ordering will be used
Electronic invoicing will be accepted
Electronic payment will be used

VI.3. Additional information

Wir weisen darauf hin, dass die VO (EU) 2022/576 zur Änderung der VO (EU) Nr. 833/2014 Anwendung findet und Unternehmen, die den Sanktionsmaßnahmen in Art. 5k der VO (EU) 2022/576 unterfallen, aus dem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden.

Ab dem 19.04.2017 ist bei Vergaben gemäß SektVO sowie größer 50.000 Euro nur noch die Übermittlung von Angeboten/Teilnahmeanträgen über das Vergabeportal der Deutschen Bahn AG zulässig.

- ANHANG (18): Erklärung zur Kartellrechtlichen Compliance- und Korruptionsprävention
- ANHANG (19): Erklärung, dass er nicht durch die Deutsche Bahn AG wegen Verfehlungen gesperrt und vom Wettbewerb ausgeschlossen ist.
- ANHANG (20): Erklärung, dass das Unternehmen zu keinem Zeitpunkt in einem Vergabeverfahren der Deutsche Bahn AG oder eines mit ihr gemäß §§ 15 ff. AktG verbundenen Unternehmens
 - a) versucht hat, die Entscheidungsfindung in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
 - b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder
 - c) irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung beeinflussen konnte bzw. dies versucht hat
- ANHANG (21): Erklärung, dass im Zeitraum der letzten fünf Jahre keine rechts- oder bestandskräftig festgestellten Verstöße im Sinne von GWB § 123 Abs. 1 und 4, Arbeitnehmerentsendegesetz (AEntG) § 21, Aufenthaltsgesetz § 98c, Mindestlohngesetz (MiLoG) § 19 und Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz § 21 vorliegen.
- ANHANG (22): Erklärung, dass das Unternehmen in Bezug auf die Vergabe bzw. und darüber hinaus auch in den vergangenen zehn Jahren keine unzulässige wettbewerbsbeschränkende Abrede getroffen hat. Unzulässige wettbewerbsbeschränkende Abreden in diesem Sinne sind Verstöße gegen die kartellrechtlichen Kernbeschränkungen i.S. v. Art. 101 AEUV, § 1 GWB (Preis-, Submissions-, Mengen-, Quoten-, Gebiets- und Kundenabsprachen).

Fragen zu den Vergabeunterlagen oder dem Vergabeverfahren sind so rechtzeitig zu stellen, dass dem Auftraggeber unter Berücksichtigung interner Abstimmungsprozesse eine Beantwortung spätestens sechs Tage vor Ablauf der Frist zur Angebotsabgabe bzw. zur Einreichung der Teilnahmeanträge möglich ist. Der Auftraggeber behält sich vor, nicht rechtzeitig gestellte Fragen gar nicht oder innerhalb von weniger als sechs Tagen vor Ablauf der Frist zur Angebotsabgabe bzw. zur Einreichung der Teilnahmeanträge zu beantworten. Bei Abgabe eines Teilnahmeantrages oder Angebots, in Form einer Bietergemeinschaft, sollten sich die Bietergemeinschaften vorab im Vergabeportal der DB AG registrieren lassen. Die Teilnahme am Verfahren setzt die unveränderte Zusammensetzung der im Teilnehmerwettbewerb zugelassenen Bietergemeinschaften voraus. Der Zusammenschluss der im Teilnehmerwettbewerb zugelassenen Einzelbieter zu Bietergemeinschaften ist nicht zulässig.

Die Beschaffende Stelle behält sich vor, ohne weitere Verhandlungen auf eines der eingegangenen Angebote den Zuschlag zu erteilen. Im Falle von Verhandlungen erfolgen diese nur mit den Bietern, welche die wirtschaftlichsten Angebote auf Grundlage aller Zuschlagskriterien unterbreitet haben.

Form der geforderten Erklärungen/Nachweise

Alle geforderten Erklärungen/Nachweise sind zwingend vorzulegen, ein Verweis auf frühere Bewerbungen wird nicht akzeptiert.

Auflistung nach o. g. Reihenfolge in einer Anlage kurz und prägnant zusammengefasst. Nur diese Informationen werden für die Bieterauswahl berücksichtigt. Darüber hinausgehende Unterlagen sind nicht erwünscht.

Alle unter III.1.1 bis III.1.3 und VI.3 geforderten Erklärungen/Nachweise sind mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen.

VI.4. Procedures for review

VI.4.1. Review body

Official name: Vergabekammer des Bundes

Postal address: Villemomblerstr. 76

Town: Bonn

Postal code: 53123

Country: Germany

VI.4.3. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures:

Wenn der Zuschlag bereits wirksam erteilt worden ist, kann dieser nicht mehr vor der Vergabekammer angegriffen werden (§ 168 Abs. 2 Satz 1 GWB). Der Zuschlag darf erst 10 Kalendertage nach Absendung der Bekanntgabe der Vergabeentscheidung per Fax oder per E-Mail bzw. 15 Kalendertage nach Absendung der Bekanntgabe der Vergabeentscheidung per Post erteilt werden (§ 134 Abs. 2 GWB). Die Zulässigkeit eines Nachprüfungsantrags setzt ferner voraus, dass die geltend gemachten Vergabeverstöße innerhalb von 10 Kalendertagen nach Kenntnis bzw. – soweit die Vergabeverstöße aus der Bekanntmachung oder den Vergabeunterlagen erkennbar sind – bis zum Ablauf der Teilnahme- bzw. Angebotsfrist gerügt wurden (§ 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 bis 3 GWB). Ein Nachprüfungsantrag ist ebenfalls unzulässig, soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 GWB). Des Weiteren wird auf die in § 135 Abs. 2 GWB genannten Fristen verwiesen.

VI.5. Date of dispatch of this notice

06/10/2023